

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	04.05.2007

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld (SI/5644/07) am 02.05.2007

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans Jürgen Vitenius:**

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Degen, Herr Franz-Josef Kirch, Herr Stefan Kleusch, Frau Andrea Knorr, Herr Joachim Knorr, Herr Karl-Heinz Krieglstein,

von der SPD-Fraktion

Frau Karin Ernst, Herr Thomas Kring, Frau Ursula Kring, Herr René Schunck, Herr Jörg-Henning Schwerdt,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann, Frau Gerta Siller, Herr Dirk Wallraf,

von der FDP

Herr Dirk-Henrik Hülper,

von der WfW-Fraktion

Herr Ralf Michael Erich Streuf,

von der Fraktion Linkspartei.PDS

Herr Cemal Agir,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Peter Keller,

vom Bezirksjugendrat

Herr Adam Budde,

als beratende Mitglieder

Frau Stv. Mahnert, Herren Stv. Geisendörfer, Mucke, Ramette, Schmitz, Vorsteher,

von der Verwaltung

Herren Stoldt und Bieler-Giesen – R Stadtentwicklung und Städtebau,

Gäste

Pfarrer Nattland,
Dr. Gerhardt – WuppertalBewegung

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Der **Bezirksvorsteher** schlägt vor, TOP 13 – Freie Mittel – wegen des Antrags der Wuppertalbewegung hinter TOP 3 zu behandeln.

Die **BV** ist einverstanden.

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung und Vorstellung der geplanten Umbaumaßnahme an der Neuen Kirche durch Herrn Pfarrer Nattland

Herr Pfarrer Nattland begrüßt die Anwesenden und berichtet über die vorgesehene Baumaßnahme in der nunmehr einzigen Gottesdienststätte der Evangelischen Kirchengemeinde Elberfeld-West.

Da der Gottesdienstraum im Obergeschoss liege, solle der Aufzug und der entsprechende neue Zugang bis auf Straßenniveau herab gesenkt werden, um auch Behinderten oder Eltern mit Kinderwagen die Teilnahme am Gottesdienst zu ermöglichen. Um die notwendige Tür einbauen zu können, sei eine Öffnung der denkmalgeschützten Fassade erforderlich. Gespräche mit der Unt. Denkmalbehörde seien bereits geführt worden.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** regt an, die erforderliche Tür in ihrem Aussehen der Fassade anzupassen, so dass sie nicht auffalle.

Herr Budde möchte wissen, wer die Kosten für diese Maßnahme trage.

Der **Bezirksvorsteher** fragt nach der zeitlichen Realisierung.

Herr Pfarrer Nattland führt aus, dass die Planungen in den Händen des Architekturbüros Goedeking liegen würden. Nach Meinung des Architekten müsse eine Tür auch als solche erkennbar sein. Andererseits könne er sich gut vorstellen, einen Vorschlag der Unt. Denkmalbehörde aufzugreifen und die herausgenommenen Quader im Eingangsbereich der Kirche aufzustellen. Die Kosten für diese Maßnahme trage allein die Kirchengemeinde. Um die nicht unerhebliche Summe aufbringen zu können, sei man auf Spenden der Gemeindemitglieder angewiesen. Aus diesem Grund könne das Projekt auch nicht – wie eigentlich vorgesehen – noch in diesem Jahr realisiert werden. Man wolle aber alle notwendigen Schritte in die Wege leiten, um die Maßnahme bei Vorhandensein des Geldes auch sofort durchführen zu können.

Der **Bezirksvorsteher** sieht bei dieser nun zentralen Gottesdienststätte einer großflächigen Gemeinde noch deutlicher als bisher schon das sonntägliche Parkplatzproblem im Kirchengrund („Bewohnerparkplätze“) und regt die Kirchengemeinde an, mit der Verwaltung nach einer Lösung zu suchen.

Zum beschriebenen Umbauprojekt sagt er der Kirchengemeinde im Namen der BV jede formell notwendige Unterstützung zu.

2 Bezirksjugendrat

Herr Budde berichtet, dass z. Z. Briefe an Geschäftsinhaber im Umfeld von Schulen verteilt werden, in denen diese um die Gewährung von Schülerrabatten gebeten würden.

Außerdem bereite der BJR ein Rockkonzert vor, dessen Erlös der Aktion KinderTal zufließen solle.

3 Umwandlung der Rheinischen Strecke in einen Fuß- und Radweg - Vorstellung der WuppertalBewegung

Herr Dr. Gerhardt stellt das Projekt ausführlich in seiner Entwicklung und seinem aktuellen Stand vor und bittet auch die BV Elberfeld um finanzielle Unterstützung.

Der **Bezirksvorsteher** bedankt sich für die hochinteressante Vorstellung eines

Projekts, das es in dieser Form und Resonanz in Wuppertal noch nicht gegeben habe.

Die **SPD-Fraktion** möchte wissen, an welchen Stellen Zugänge zu der Trasse entstehen würden.

Herr Dr. Gerhardt stellt fest, dass Zugänge an allen alten Haltepunkten vorhanden seien. Darüber hinaus sei vorgesehen, bei straßenniveaugleichem Verlauf der Trasse im Abstand von ca. 200 m Zugänge zu schaffen. An einigen Stellen seien wahrscheinlich auch Treppenzugänge erforderlich.

Frau Stv. Mahnert fragt nach dem Abgabetermin für den Förderantrag.

Herr Dr. Gerhardt erklärt, dass der Antrag an das Land bis zum 31.05. fertig gestellt werde. Mit einer Entscheidung über Fördergelder sei dann in etwa 7 – 8 Monaten zu rechnen.

4

Freie Mittel

- Antrag der WuppertalBewegung
- Antrag des Fördervereins Botanischer Garten e.V.
- Antrag des Fördervereins Deweerth'scher Garten für die Hardt

Antrag der Wuppertalbewegung

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Die Bezirksvertretung bewilligt der WuppertalBewegung für die Umgestaltung der Nordbahntrasse einen Betrag in Höhe von 4.000 € aus den freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Antrag des Fördervereins Botanischer Garten e.V.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Die Bezirksvertretung bewilligt dem Förderverein Botanischer Garten für das Projekt „Neubau des Heil- und Gewürzkräutergartens“ einen Betrag in Höhe von 3.000 € aus den freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Antrag des Fördervereins Deweerth'scher Garten für die Hardt

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Die Bezirksvertretung bewilligt dem Förderverein Deweerth'scher Garten für die Aufstellung von Informationstafeln auf der Hardt einen Betrag in Höhe von 1.000 € aus den freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Antrag der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“

Der **Bezirksvorsteher** schlägt vor, diesen Antrag wegen der kurzfristigen Vorlage auf die Juni-Sitzung zu vertagen.

Die **BV** ist einverstanden.

5 Keine Wohnbebauung auf der Wiese Jägerhofstraße - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: VO/0335/07

Der **Bezirksvorsteher** erläutert einleitend, dass die BV eine Wohnbebauung an dieser Stelle bereits 2004 abgelehnt habe. Gegen den Willen der BV sei diese Fläche aber im Flächennutzungsplan als Reservefläche für Bebauung ausgewiesen worden.

Die **Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD** kritisieren, dass die BV wieder einmal nur über die Presse erfahren habe, dass verwaltungsintern und im Gestaltungsbeirat Gespräche über eine evtl. Wohnbebauung geführt würden. Die Verwaltung habe die BV aufgrund der Beschlusslage zumindest darüber informieren müssen.

Herr Stv. Geisendörfer spricht von irreparablen Schäden für die Natur bei einer Wohnbebauung an dieser Stelle. Außerdem werde die einzig noch verbliebene Sichtachse in die Gelpe zugebaut. Er sieht auch die Gefahr, dass nach Fertigstellung und Bezug der Häuser Lärmschutzmaßnahmen erforderlich werden, weil sich die Bewohner vom Straßenlärm der L 418 gestört fühlen könnten.

Die **CDU-Fraktion** spricht sich für die Einhaltung des Flächennutzungsplanes aus.

Herr Hülper verweist auf die bestehende Haushaltsslage und kann sich durchaus die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens mit großzügiger, aufgelockerter Einfamilienhausbebauung an dieser Stelle vorstellen. Gerade die Südhöhen seien ein stark entwickelter Wirtschaftsstandort und auch solche Angebote im gehobenen Preisniveau erhöhten die Attraktivität einer Stadt. Eine Straßenrandbebauung lehne er allerdings auch ab.

Herr Stoldt verweist auf die bestehende Beschlusslage. Auch die BV Elberfeld habe dem Flächennutzungsplan letztendlich zugestimmt. Auf der Grundlage des FNP bestehe innerhalb der Verwaltung der Wunsch nach einer Bebauung, Art und Weise seien bisher lediglich im Gestaltungsbeirat besprochen worden. Zur Umsetzung sei die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens notwendig.

Der **Bezirksvorsteher** stellt klar, dass sich die BV auch im FNP-Verfahren gegen eine Bebauung an der Jägerhofstraße ausgesprochen habe. Trotzdem sei aber dem FNP insgesamt zugestimmt worden, weil nicht wegen eines Standortes der gesamte Plan abgelehnt werden könne.

Die **SPD-Fraktion** ergänzt, auch Politikern müsse es erlaubt sein, nach einer Beschlussfassung zu einer anderen Meinung und damit auch zu einem anderen Ergebnis kommen zu können. Außerdem gehe es heute und hier auch um eine politische Meinungsbildung. Die endgültige Entscheidung könne nur in einem Bauleitplanverfahren fallen.

Der **Bezirksvorsteher** regt die Cronenberger Bezirksvertretung auch zur Abgabe

eines Votums an und sieht in der folgenden Beschlussfassung das zusätzlich vorliegende Votum des Bürgervereins Südstadt ausdrücklich mit einbezogen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Die Bezirksvertretung Elberfeld wendet sich entschieden gegen eine Wohnbebauung auf der Wiese an der Jägerhofstrasse im Bereich der Station Natur und Umwelt. Sie bittet den Rat, einem Verkauf der Wiese oder der Schaffung von Baurecht nicht zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 7 Gegenstimmen (CDU und FDP)

**6 Stadterneuerungsprojekt 'Stadtumbau West' Durchführung des zu erwartenden Stadterneuerungsprogramms 2007
Vorlage: VO/0291/07**

Die **SPD-Fraktion** begrüßt und unterstützt die Projekte, möchte aber wissen, in welcher Form konkret die Wuppertaler Quartierentwicklungs-Gesellschaft (WQG) eingebunden sei.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** interessiert, wie die Energieberatung durchgeführt werden solle und spricht sich dafür aus, die WQG in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Herr Bieler-Giesen bestätigt, dass die WQG in die Energieberatung involviert sei. Beginnend mit dem Bereich Arrenberg solle die Arbeit der WQG auf alle Bereiche ausgeweitet werden.

Der **Bezirksvorsteher** greift den Vorschlag, die WQG zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, gerne auf, weil dann vielleicht auch die Befürchtung ausgeräumt werden könne, dass zuviel von den Fördergeldern an die WQG vergeben würden, bevor die Bürger in den Genuss der Fördermittel kommen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt das Konzept zur Umsetzung des oben genannten Stadterneuerungsprojektes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**7 Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 - Steinbecker Meile - erneuter Offenlegungsbeschluss
Vorlage: VO/0259/07**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt

Wuppertal erfasst den in der Anlage 03 zeichnerisch dargestellten Bereich.

3. Die erneute Offenlegung der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wuppertal wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den genannten Geltungsbereich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**8 Bauleitplanverfahren 1108 - Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße -
(Bebauungsplan)
- Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0325/07**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1108 – Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße – erfasst einen Bereich zwischen der Tannenbergsstraße im Osten, der Straße Steinbecker Meile im Süden, dem Grundstück Tannenbergsstraße 58 (Akzenta) im Norden sowie dem Parkplatz des Discounters und Getränkemarktes im Westen, wie in der Anlage 02 zeichnerisch dargestellt.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1108 - Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße – wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
3. Von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird abgesehen, da diese bereits im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 1065 erfolgte.
4. Die Offenlegung des Bebauungsplanes Nr. 1108 – Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße – wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich beschlossen.
5. Die entgegenstehenden Darstellungen des Flächennutzungsplanes sollen nach der Rechtskraft des Bebauungsplanes im Wege der Berichtigung angepasst werden; die Vorschriften über die Aufstellung von Bauleitplänen im sog. „Parallelverfahren“ (§ 8 Abs. 3 BauGB) finden insoweit keine Anwendung.
6. Für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich des Bebauungsplans sind alle planungsrechtlichen Festsetzungen und städtebaulichen Pläne aufzuheben, insbesondere der Bebauungsplan Nr. 958V, zuletzt rechtsverbindlich bekannt gemacht am 21.11.1996.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**9 Bauleitplanverfahren 1078 - Alte Freiheit/ Hofaue -
(Bebauungsplan)
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0301/07**

Herr Stv. Schmitz möchte wissen, ob die in der Anlage 7, Pkt. 1.2 beschriebene Einschränkung für Spielhallen usw. bedeute, dass solche Betriebe ab dem 2. Obergeschoss doch möglich seien.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die vorgebrachten Anregungen zu dem Bebauungsplan Nr. 1078 - Alte Freiheit / Hofaue - mit dem Geltungsbereich, wie in der Anlage 03 verbal beschrieben und in der Anlage 05 im Übersichtsplan näher kenntlich gemacht, werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung behandelt (Anlage 02).
2. Der Bebauungsplan Nr. 1078 - Alte Freiheit / Hofaue - wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB ist beigefügt (Anlage 03).
3. Gleichzeitig sollen alle entgegenstehenden Festsetzungen und städtebaulichen Pläne insbesondere der Durchführungsplan Nr. 119, zuletzt bekannt gemacht am 19.09.1996, für diesen Teilbereich aufgehoben werden. Nicht aufgehoben hingegen werden die Gestaltungssatzung der Innenstadt Wuppertal-Elberfeld – Am Kolk – vom 14.11.1991 sowie die Sanierungssatzung gem. § 142 BauGB für das Gebiet Döppersberg und Umgebung vom 28.07.2003.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**10 Sammelbeschluss zur Aufhebung überholter Planverfahren im Stadtbezirk
Elberfeld
Vorlage: VO/0329/07**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für den Stadtbezirk Elberfeld werden die nicht in das Arbeitsprogramm Verbindliche Bauleitplanung aufgenommenen laufenden Verfahren, deren Aufstellungs- oder Offenlegungsbeschluss oder deren letzter Tag der Offenlegung fünf Jahre oder älter ist, grundsätzlich nicht weiterverfolgt.
2. Zu den insgesamt 22 Verfahren (siehe Anlagen) werden die dazu ergangenen verfahrensleitenden Beschlüsse aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 11 **Sammelbeschluss zur Aufhebung überholter Planverfahren im Stadtbezirk Elberfeld**
Vorlage: VO/0303/07

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Satzungsbeschluss sowie alle weiteren verfahrensleitenden Beschlüsse für den Bebauungsplan Nr. 522A – Wupperstr. / Hofkamp – werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 12 **Sommerfest des Vereins "Carneval Comitee Wuppertal e.V." auf dem Karlsplatz vom 12. - 13.05.2007**
Vorlage: VO/0293/07

Der **Bezirksvorsteher** weist auf eine ihm bekannt gewordene Terminveränderung zu dem Vorhaben hin, sieht aber hierdurch keine Auswirkung auf die Beschlusssatzung.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Der Veranstaltung Sommerfest auf dem Karlsplatz wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 13 **Einrichtung einer Außengastronomie auf der Fahrbahn vor dem Gebäude Obergrünewalder Str.10**
Vorlage: VO/0318/07

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 02.05.2007:

Dem Antrag zur Einrichtung von einer Außengastronomie auf der Fahrbahn vor dem Gebäude Obergrünewalder Straße 10 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 14 **Berichte und Mitteilungen**

1. Tiefbauarbeiten in der Marienstraße
- Anfragen von Bürgern und Antwort der WSW
2. Ampelmast im Bereich der Viehhofstraße
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr

3. Öffnungszeiten Botanischer Garten
- Stellungnahme R Grünflächen und Forsten

Herr Agir erklärt, dass es offensichtlich auch nach 19 Uhr eine – vielleicht der Stadt nicht bekannte – Zugangsmöglichkeit zum Botanischen Garten gebe, da sich dort auch zu späteren Stunden Personen aufhalten würden.
4. Waldfläche im Bereich Dürrweg, Am Cleefkoth, Carl-Schurz-Straße
- Stellungnahme R Grünflächen und Forsten
5. Verkehrliche Situation im Umfeld des St. Josef-Krankenhauses
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr
6. Umsetzung Wertstoffcontainer Luisenstraße
- Verfügung R Straßen und Verkehr
7. Einrichtung einer zeitlich begrenzten Ladezone an der Kreuzung Gerstenstraße / Kieselstraße
- Antrag eines Bürgers (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
8. Veranstaltungskalender 2007
- Information R Straßen und Verkehr
9. Baumfällung Kleingartenanlage Hatzenbeck
- Mitteilung R Grünflächen und Forsten
10. Verkehrsinformationen WSW
11. Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder – 5. Fortschreibung
Kopie für Bezirksvorsteher, Fraktionen und Gruppierungen
12. Pfosten Luisenstraße / Briller Straße
- Mitteilung R Straßen und Verkehr
13. LZA Karlstraße / Friedrichstraße
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr
14. **Herr Thias** verweist auf die anstehende Sperrung der Straße Wolkenburg für 1 ½ Jahre und fragt, wie in diesem Zusammenhang die Linienführung der Buslinie 628 geplant sei.

Frau Stv. Siller

15. spricht die gerade für jüngere Kinder sehr unübersichtliche Verkehrssituation an der Einmündung Jägerhofstraße / Am Friedenshain an und bittet, dies in der nächsten Sitzung zu thematisieren.
16. erklärt, dass die abendliche Sperrung der Luisenstraße an der Ecke Obergrünwalder Straße in östlicher Richtung dazu führe, dass eine Autofahrerin, die unmittelbar hinter dieser Einmündung eine Garage habe, abends einen großen Umweg fahren müsse. Sie fragt, ob es nicht möglich sei, das entsprechende Schild wenige Meter zu versetzen und damit der Frau die Möglichkeit zu geben, ihre Garage erreichen zu können.

Herr Stv. Kring meint, dass eine solche Änderung aber nicht zu einer Verwässerung der Einbahnstraßenregelung führen dürfe.

Herr Degen

17. weist darauf hin, dass am Ende der Herzogstraße die gegenüberliegenden Außengastronomien zweier Betriebe dazu führen würden, dass Fußgängern kaum noch ein Laufweg zur Verfügung stehe. Er bittet die Verwaltung um Prüfung, ob diese Ausweitung so genehmigt sei.
18. bittet die Polizei um Kontrollen in der Lange Straße, da dort mehr denn je von vielen Autofahrern viel zu schnell gefahren werde.

Hans Jürgen Vitenius
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig
Schriftführerin